

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Bettina Stark-Watzinger, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, Frank Schäffler, Markus Herbrand, Katja Hessel, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Till Mansmann, Christoph Meyer, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Dr. Stefan Ruppert, Christian Sauter, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thoma, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

„Greenwashing“ von Finanzmarktprodukten in Deutschland und Europa

Unter „Greenwashing“ von Finanzprodukten versteht man allgemein das Ausweisen von Finanzprodukten als nachhaltig, obwohl diese weiterhin klima- oder umweltschädliche Elemente enthalten bzw. finanzieren. Die aktuell auf EU-Ebene diskutierte Taxonomie soll unter anderem dabei helfen, „Greenwashing“ zu verhindern.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Was versteht die Bundesregierung unter dem Begriff „Greenwashing“?
2. Welche (wissenschaftlichen) Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zum Thema „Greenwashing“ und dessen Ausmaß im Finanzsektor vor?
3. Wie viele Fälle von „Greenwashing“ bei Finanzprodukten sind der Bundesregierung bekannt (bitte den Emittenten und das Volumen des jeweiligen Finanzproduktes nennen)
 - a) Wie viele Fälle davon betrafen deutsche Emittenten?
 - b) Wie viele Fälle davon betrafen europäische Emittenten?
4. Ist nach Ansicht der Bundesregierung die Ausgabe von Unternehmensanleihen, die nicht ausschließlich zur Finanzierung nachhaltiger Investitionen genutzt werden, bereits ein Fall von „Greenwashing“?

5. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass eine EU-Taxonomie „Green-washing“ im Finanzsektor verhindern kann?

Berlin, den 11. Dezember 2019

Christian Lindner und Fraktion